

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Willy Brandt steht die Bundesrepublik nach der Hamburg-Wahl vor einer historischen Entscheidung: Solidarität oder nutzlose "Wende". Seite 1

Brigitte Traupe MdB fordert die Höhe der Verteidigungsausgaben zu hinterfragen: Mit der Rüstung übernommen? Seite 3

Dokumentation

Der Polit-Graphiker und Rechtsanwalt Klaus Staack beantwortet die Frage: Sehnsucht nach der CDU? Seite 6

37. Jahrgang / 106

7. Juni 1982

Vor der Entscheidung

Solidarität oder nutzlose "Wende"

Von Willy Brandt MdB, MdEP

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wir haben in Hamburg eine ernste Niederlage erlitten. Daran gibt es nichts zu beschönigen. Klaus von Dohnanyi und große Teile der Hamburger Partei haben sich vorbildlich engagiert. Aber wir sind, wenn auch knapp, nicht wieder stärkste Partei geworden. Es ist nicht gelungen, den Impuls des Selbstvertrauens, das wir auf dem Parteitag in München gefaßt haben, an ausreichend viele Menschen weiterzugeben.

Eine klare Mehrheit der Hamburger Wähler hat die Wende zur CDU, für die Herr Kiep gefochten hat, abgelehnt. Insgesamt aber ist die Situation der sozialliberalen Koalition sehr viel schwerer geworden. Auch durch das erneute Aus für die FDP in Hamburg. Für die Freien Demokraten hat sich die Wackelei nicht ausgezahlt. Die Menschen erwarten eine klare Entscheidung, wofür die FDP nun eigentlich einsteht: für den sozialliberalen Kurs, oder für ein schrittweises Sichanhängen an die CDU, für das Erhalten von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit auch in mageren Jahren, oder für eine nutzlose "Wende", die vor allem eine Wende gegen den Arbeitnehmer wäre.

Vor dieser Entscheidung aber steht unser Land heute. Vor der Entscheidung, mit einer sozialliberalen Koalition weiterzumachen, die - wie schwer sie sich auch dabei tun mag, wie bitter manche Maßnahmen uns ankommen mögen - sich der staatlichen Verantwortung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit stellt. Die die notwendige Modernisierung der Volkswirtschaft entschlossen betreibt und dennoch die Lasten der Krise - vor allem die hohen Kosten der Arbeitslosigkeit - gerecht und nicht einseitig auf Kosten der kleinen Leute verteilen will. Oder aber eine CDU-geführte Regierung, die Massenarbeitslosigkeit als angeblich unabwendbare Folge der Wirtschaftskrise hinnimmt und die Finanzierung rücksichtslos durch Schnitte an der sozialen Sicherheit - also auf Kosten der Arbeitnehmer und vor allem der betroffenen Arbeitslosen -



aufbringen will. Da mag mancher verbittert sein über Einschränkungen, die objektiv unausweichlich sind. Aber was blüht uns, wenn die ans Ruder kommen, die soziale Leistungen für die Arbeitnehmer immer schon für "Wildwuchs" gehalten haben - Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, ein ausreichend hohes Arbeitslosengeld, Ausbildungsförderung für Arbeiterkinder ...

Vor allem steht die Friedenspolitik auf dem Spiel. Wird die Politik der Entspannungsbereitschaft, des friedenssichernden Ausgleichs zwischen West und Ost, des geduldrigen Drängens auf Abrüstung fortgesetzt werden können - in einer Zeit, in der die Konflikte und Kriege immer mehr zunehmen? Oder bekommt unser Land eine von Strauß gesteuerte Außenpolitik, welche die Nachrüstung niemals verhindern, sondern immer schon gleich haben wollte?

Vor dieser Entscheidung steht unser Land heute. Wir müssen diese Entscheidung mit aller Entschlossenheit denen verdeutlichen, die sich abgewendet haben - aus Unsicherheit über die Wirtschaftslage, aus Resignation über notwendige Sparscheidungen, aus Verbitte- rung auch über Vorgänge wie dem Skandal um die Neue Heimat. Haben sie sich klargemacht, was eine "Wende" für alle bedeuten würde?

Und ebenso deutlich müssen wir es den Wählern sagen, die grün gewählt haben. Das Er- starcken der grünen Listen hat bislang stets nur eines bewirkt: Machterhalt der CDU, oder gar Machtwechsel zur CDU. In Schleswig-Holstein, in Berlin, in Niedersachsen. Was wird in Hamburg, was kann im Bund geschehen?

Es gibt sie ja, die Mehrheit diesseits der Union, die Mehrheit für Reformen in unserem Land! Aber was nützt das, wenn ein kleiner Teil dieser Mehrheit Gruppen wählt, die un- bekümmert Maximalforderungen vertreten? Die also eine Mehrheit der linken Mitte nicht handlungsfähig werden lassen? Sollen teils berechnete, teils überzogene Umweltforde- rungen endgültig dazu führen, daß diejenigen zur Macht kommen, die Umweltpolitik als Luxus auffassen, der spätestens dann endet, wenn Unternehmerinteressen betroffen sind?

Wir werden um die Einsicht kämpfen, daß durch diese Abwendung von uns Kräfte zur Macht kommen, wie sie auch viele der Protestwähler nicht haben wollen. Daß ihre Stimmen nicht nur Protest ausdrücken, sondern auch Schlimmes bewirken können. Und wir werden in Bonn kämpfen - im Namen der viel größeren Zahl derer, die dies von uns erwarten. Und im Namen jener breiten Mehrheit diesseits der Union, die noch vor weniger als zwei Jahren bei den Bundestagswahlen Helmut Schmidt und die sozialliberale Koalition gewollt haben. Diese breite Mehrheit ist ja nicht in zwanzig Monaten verschwunden. Sie muß neu über- zeugt und geformt werden.

Wir werden nicht aufgeben in Bonn. In der Krise, in der taktisch und parlamentarisch schwierigen Situation, gilt es Nerven zu bewahren. Und Kräfte zu sammeln. Hier in Bonn und in den Ländern, vor allem jetzt in Hessen und Bayern. Wir stehen vor Entscheidun- gen. Ich bitte Euch: faßt Mut und verstärkt Eure Vertrauensarbeit.

(-/7.6.1982/ks/ca)

+ + +

(Auszug aus einem Beitrag Willy Brandts für die Juni-Ausgabe des SM-Magazins).



Mit der Rüstung übernommen?

Auch die Höhe der Verteidigungsausgaben ist zu hinterfragen

Von Brigitte Traupe MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Zur Zeit drehen sich national und international fast alle Gespräche und Konferenzen um Geld, das mindestens im öffentlichen Sektor nicht mehr ausreichend vorhanden zu sein scheint. Die Haushalte in allen Teilen der Welt und in allen Bündnissen leiden an Unterdeckung.

Uns Bundesdeutsche kann es nur wenig trösten, daß die noch abzudeckenden Haushaltsdefizite zum Beispiel in den USA, in England, Italien, Japan und Frankreich erheblich höher ausfallen werden als bei uns. (Allerdings könnten hiesige Politiker und Journalisten unsere Situation objektiver darstellen!).

Aus unserer vergleichsweise noch erträglichen Lage entstehen neue Forderungen der Partner in der EG, in der NATO und im Internationalen Währungssystem (IWS) an uns, denen wir nicht nachkommen dürfen!

Spätestens jetzt ist es nämlich an der Zeit, mehr Vernunft in die nationale und internationale Ausgabenpolitik hineinzubringen. Alle Länder - auch wir - sollten eingestehen, daß sie zu viel Geld ausgegeben haben und zu hohe Verpflichtungen eingegangen sind.

Kritisch und ohne Tabus müssen die bisherigen Ausgaben für alle staatlichen Aufgaben durchleuchtet werden, zumal die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten, die Not in den Entwicklungsländern und der Alarmzustand der natürlichen Umwelt von uns allen größere finanzielle Aufwendungen erfordern werden.

Wer in der innenpolitischen Diskussion über einen zu hohen Konsumbedarf und zu umfangreiche Transferleistungen klagt, sollte auch bereit sein, die Höhe der Verteidigungsausgaben zu hinterfragen. Völlig unpassend wäre es jetzt, wenn auf der NATO-Konferenz in Bonn wieder die Forderung nach höheren Verteidigungsausgaben erhoben würde. Die Bundesrepublik trägt allein über ein Viertel aller NATO-Infrastrukturkosten. Bei der Beschaffung von AWACS sind es sogar 30 Prozent!

Die Verantwortlichen in der NATO sollten sich einmal ernsthaft fragen, ob krisenhafte Zustände im Bündnis nicht auch daher rühren könnten, daß sich alle Mitgliedsländer mit ihren öffentlichen Ausgaben auch im militärischen Bereich übernommen haben?

Wissen die Herren, daß alle Staaten in den kommenden Jahren von noch größeren Haushaltssorgen begleitet werden?

Bevor irgendjemand in der Bundesrepublik für den Verteidigungsbereich, für die NATO und die EG mehr Geld fordert, sollte er sich doch bewußt werden, was wir 1982 aus dem Bundeshaushalt bestreiten:

- Im Einzelplan 14 des Bundesministers der Verteidigung sind 44.261.294.000 DM veranschlagt.
- Für die "Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihre Hinterbliebenen" zahlen wir aus dem Einzelplan 33 noch einmal 2.909.084.000 DM!
- Der Einzelplan 35 regelt mit 1.423.755.000 DM die Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt der Alliierten (ohne Berlin).
- Für die zivile Verteidigung veranschlagt der Bund im Einzelplan 36.767.147.000 DM.

Die vier erwähnten Einzelpläne zusammen weisen 1982 Ausgaben in Höhe von 49.361.280.000 DM, also knapp 50 Milliarden DM aus.



Außerdem zahlen die Bundesbürger 1982 brutto 14.830.000.000 DM in die EG - netto über 9,166 Milliarden DM.

Immer drängender fragen gerade junge Menschen, aber auch ältere:

- Müssen wir so viel Geld für den Erhalt des äußeren Friedens in Deutschland und in Europa ausgeben?
- Benötigen wir dieses Geld nicht dringender für andere Zwecke?
- Wohin führen die steigenden Rüstungsausgaben in allen Teilen der Welt?

Es kann gar nicht anders sein, als daß sich auch deutsche Verteidigungsexperten kritisch fragen, ob Wünschbares noch finanzierbar ist.

Bereits jetzt fragen sich dies die Bürger der Vereinigten Staaten, deren Senat vor wenigen Wochen mit 84 gegen acht Stimmen einen Verteidigungsetat für das am 1. Oktober 1982 beginnende Haushaltsjahr 82/83 von rund 410 Milliarden DM verabschiedete!

Die neue Abrüstungs-offerte des amerikanischen Präsidenten an die Sowjetunion wird auch begleitet von der Erkenntnis, daß selbst die Amerikaner dauerhaft nicht so hohe Verteidigungsausgaben aufbringen können.

Und - immer deutlicher werden die Folgen des Raubbaues, den die Sowjetunion im eigenen Land und in allen Staaten des Warschauer Paktes zu Gunsten einer übertriebenen Rüstungspolitik und Militarisierung des Sowjetsystems betrieben hat. Wie mag erst den Bewohnern des Warschauer Paktes zumute sein, die seit Jahrzehnten im Mangel leben?

Die Alternative kann für die Zukunft nicht heißen: Wenn die beiden Weltmächte an die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit in der Sicherheitspolitik stoßen, dann müssen eben ihre jeweiligen Partnerländer noch mehr Geld für diesen Zweck ausgeben. Nein, die Zeit ist jetzt da, die Rüstungsausgaben in Ost und West zu begrenzen, ja schrittweise zu verkleinern.

In der Bundesrepublik müssen wir wegkommen von den beiden oft zu beobachtenden extremen Haltungen:

Einmal: Die Bundeswehr ist viel zu teuer.

Dagegen: Wir geben noch zu wenig Geld für den Verteidigungssektor aus.

Die Ausgaben im Verteidigungsbereich müssen ebenso nüchtern geprüft werden wie in anderen Bereichen.

Jahrelang gingen die Bundesregierung und der Bundestag von jährlichen Steigerungsraten des Bruttosozialproduktes und damit auch der Steuereinnahmen aus. Diese Annahme ist inzwischen unrealistisch geworden.



Doch auf diese Steigerungsraten vertrauten die Verteidigungsexperten, die neue Waffensysteme zur Anschaffung empfahlen. Natürlich muß der Bundesverteidigungsminister in Schwierigkeiten geraten, wenn bei knapperer Kassenlage höhere Preissteigerungsraten bei internationalen Waffenkooperationen oder sich verschiebende Währungsparitäten auftreten. Dann muß auch er Veränderungen in seinem Etat vornehmen. Er sollte nicht auf jene hören, die auch jetzt noch eine jährliche reale Steigerungsrate von mindestens drei Prozent des Verteidigungsetats bei sinkenden Steuereinnahmen, steigender Arbeitslosigkeit und größeren Etatlöchern fordern!

Wie sollten Politiker dies gegenüber den Bürgern verantworten können?

Mit solchen Zahlenspielerereien muß Schluß gemacht werden!

Der Verteidigungsminister, die Soldaten und zivilen Mitarbeiter müssen wie alle anderen um größtmögliche Sparsamkeit bemüht sein.

Der Bundeskanzler, sein Außenminister und der betroffene Minister sollten etwas vorsichtiger an neue bi-, tri- oder multinationale Waffenkooperationen herangehen. Die dafür notwendigen Mittel müssen realistischer vorausberechnet werden. Am Tornado und an AWACS läßt sich nachweisen, daß es schon sehr früh an mahnenden Stimmen über diese besonders teuren Projekte nicht gefehlt hatte!

Andererseits dürfen notwendige Einsparungen im Verteidigungshaushalt nicht am stärksten auf dem Rücken von Soldaten und zivilen Bediensteten erbracht werden.

Wer heute Berufs- oder Zeitsoldat ist oder seine Wehrpflicht in der Bundeswehr erfüllt, hat eine verantwortungsvolle Aufgabe übernommen.

Doch gerade weil es gelungen ist, hier in der Bundesrepublik in 25 Jahren eine demokratische Armee aufzubauen, muß man sachlich über sie, ihre Nöte und Sorgen, aber auch über die Kosten reden können.

Übrigens kann man dies mit den Soldaten und zivilen Bediensteten, da sie ja auch selbst Steuerzahler sind.

(- 17.6.1982/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

In der jüngsten Ausgabe des "Staeckbriefes" schreibt der Polit-Graphiker und Rechtsanwalt Klaus Staeck unter anderen:

Sehnsucht nach der CDU?

"Die Forderung nach Neuwahlen will nicht verstummen, und die Opposition bastelt bereits eifrig an der Liste eines neuen CDU/CSU-Kabinetts. Ist für die SPD/FDP-Regierung wirklich alles verloren? Kann sie sich überhaupt noch halten? PARDON meint: ja! Dabei muß sie sich allerdings einige Wunder einfallen lassen". Und dann lassen sich die Satiriker Chlodwig Poth, Walter Hanel, Morst Hartzinger, Arno Ploog einige Wunder einfallen. Das war 1972. Inzwischen gibt es die Koalitionsregierung immer noch. Mit Sicherheit ist das nicht auf die wunder-baren PARDON-Einfälle zurückzuführen. Heute ist von derselben Zeitung nicht einmal mehr satirische Begleitmusik zu erwarten. 1982 zieren die sozial-realistisch pinkelnden Schmidt, Brandt und Eppler ein Titelbild mit dem Text "Schweine im Weltall". Für Trendsetter gibt's das Ganze noch im PARDON-Shop für acht Mark als Poster unter dem Titel "SPD '82: Schweine im Weltall".

Vermißt habe ich eigentlich nur noch eine Art Schweinedefinition. Die pubertären Pinkelspiele allein füllen diesen urdeutschen Begriff ja nur sehr dürftig aus. Hilfreich hätte das ein 1981 in Göttingen verteiltes Flugblatt sein können. Überschrift: "Wollt ihr wissen, warum wir euch Schweine nennen?" Eine Erklärung "Mann Leute,...wir kämpfen doch nicht nur um Mietvertäge oder gar billigere Mieten! Es geht doch um mehr, besser gesagt gegen alles!" Es folgen dann die obligatorischen Reizworte: Dreck, Konsumscheiße, Umweltverarschung, Drecksjustiz, Staatsterror, Fuck, Polizeistaat, Polizei/SA/SS, dreckigster Bullenterror, Dreckstaat, Säue, Kotze, Schweinestaat und zig mal Scheiße.

Gewissermaßen als Einstieg in das Schweinethema durfte die gute alte Indianersquaw Wolfgang Neuss in der Aprilnummer von PARDON schon ein bißchen vorferkeln. Unter der nun doch wieder verblüffenden Überschrift "Die Welt ist schön" überrascht er mit so interessanten Haschweisheiten wie diesen "SEW, DKP - anständige Parteien...Die CDU - gut...Die FDP - eine sehr anständige Partei...Die SPD? Die letzten Ferkel. Die beschissensten, mit Dreck beworfensten, sich selbst kastelnden Widerlinge...Sozialdemokraten, die letzte Kotztitze." Nun sage noch mal einer, auf die Linken sei kein Verlaß. Für die geschichtslosen gibt's dann wieder im PARDON-Shop Abhilfe. Dort wird das wirkliche Neuss-Buch des "besten und wichtigsten Satirikers nach '45" angeboten. Erschienen in einem zu Springers Großreich gehörenden Verlag. Das ist nun wirklich Satire. "Dies Buch ist vielmehr als nur Nostalgie für die APO-Generation", verspricht der Shop. In der gleichen Zeitung inseriert ganzseitig in Farbe Citroen für seinen 2 CV Charleston "Evergreen in Neuauflage". Doch wieder Nostalgie.

Etwas Neues muß her

Das liegt alles auf Linie. In der April-Nummer von Konkret inseriert eine "Sozialistische Monats-Zeitschrift" mit dem lockeren Titel "Moderne Zeiten". Abgekürzt MOZ. MOZ "unterstützt die grün-alternative Wahlbewegung" und "setzt nicht mehr auf die SPD - da muß etwas Neues her!" Aha, endlich etwas Neues. Am besten live über TV. Das müßte schon sein. Das wäre das Mindeste gegen die große Langeweile. Wie wäre es denn mit Franz Joseph Strauß? Den finden doch viele Damen und Herren der gehobenen Linken immer so deftig lustig.

Dann käme endlich auch der von allem angewiderte Leserbriefschreiber in der taz vom 6. April '82 auf seine Kosten: "Es wird nämlich endlich mal Zeit, daß diese miese Partei, die in ihrer Geschichte schon sooft das Volk verraten hat, eingesargt wird". Dann hätte auch die "Sozialdemokratisierung der Literatur" endlich ein Ende, die der feinsinnige "Schriftsteller, Theater-, Film- und Literaturkritiker und Mitglied des PEN-Clubs" im Oktober letzten Jahres im Stern beklagt: "Aber es gibt sie ja immer noch, auch auf deutsch, die Bücher, die einer sozialdemokratischen Tagesthemenbehandlung notfalls mit Stolz den Rücken zukehren." Da Opportunismus keineswegs nur ein Kleinbürgerphänomen ist, wird der Leidende bald triumphierend erleben, wie aus dem "nooh" ein "nur noch" wird.

Dann gibt es natürlich noch die, für die der Zug schon längst abgefahren ist. Wieder in der taz vom 13. Januar '82 schreibt der nette AL-Abgeordnete aus Berlin: "Die Sorgen, die sich die Herren Heilmann oder Löwenthal um die Zukunft der SPD machen, sind glücklicherweise nicht mehr unsere Sorgen. Die Linke und Alternativbewegung ist in den letzten Jahren stark genug geworden, um auch von sich aus die Frage des Dialogs stellen zu können."

Wenn Hochmut vor dem Fall kommt, werden wir bald Zeugen dieses historischen Ereignisses werden. Was heißt eigentlich "die Linke"? Da ja nach seiner Definition die gesamte Sozialdemokratie ausfällt, wer bleibt da eigentlich noch übrig? Die DKP? Von denen haben sich die Grünen in der Friedensbewegung doch gerade distanziert. Die KPD? Ein großer Teil der schwächlichen Häuflein sind noch in den Grünen integriert. Dasselbe gilt für die traurigen Reste des KÖW. Vielleicht die KPD/ML. Coppel kann er nicht gemeint haben, denn der war zu diesem Zeitpunkt noch in der SPD.

Was heißt alternativ?

Bleibt die Alternativbewegung. Auch dieser Begriff wird durch die ständige Wiederholung nicht klarer. Sieht man einmal von der Tatsache ab, daß in der deutschen Geschichte von den Bewegungen selten etwas Gutes kam, verbergen sich hinter dieser Umschreibung immer mehr Widersprüche. Gehören die Bremer Grünen-Abgeordneten zur Alternativbewegung? Die sie gewählt haben, sagen nein. Drei von ihnen wollen jetzt sogar den vierten ausschließen. Die Basis argwöhnt, daß die lieben Grünen die CDU noch rechts überholen wollen, was nach meiner Einschätzung stimmt. Gehört die Hamburger Alternative Liste dazu? Ich meine jene, die bei der letzten Bürgerschaftswahl antrat und sich inzwischen wieder aufgelöst hat. Nun gibt es wieder ein neues Zweckbündnis für ein paar Abgeordnetensessel. Ist das alternativ? Was ist mit dem rechten Laubfrosch Baldur Springmann? Dem netten ehemaligen Anwärter der Reiter-SS, dem wir unter anderem die Zerschlagung des NDR verdanken. Nachdem er auf Grünen-Kongressen lange für lustige Einlagen sorgte, hat er nun wieder mit dem vergrätzten Gruhl einen eigenen grünen Laden aufgemacht. Da taucht dann auch wieder der altbewährte Professor Dr. Haverbeck auf, Mitunterzeichner des rechtsradikalen Heidelberger Manifests, das uns vor "der Überfremdung des deutschen Volkes" bewahren will. Damit haben wir nichts zu tun, höre ich schon den Aufschrei der sich links ansiedelnden Grünen. Wirklich nicht? Wie, bitte, soll man dann die Meldung der Hamburger Rundschau zum 7. April '82 verstehen, in der es heißt: "Die beiden bisher konkurrierenden Landesverbände der Grünen und der Grünen Liste Schleswig-Holstein streben eine gemeinsame Kandidatur zur Landtagswahl im Frühjahr 1983 an. Nach einem ersten Gespräch wurde von beiden Seiten betont, daß 'eine Einigung außerordentlich wichtig' sei". Heißt eigentlich der Zweck "Landtagssessel" jedes Mittel, auch eines grünbraunen Bündnisses? In Baden-Württemberg versucht ein sympathischer Studiererrat seine mehr bürgerliche Abgeordnetengruppe als die eigentliche konservative Kraft zu etablieren: mit der Wiedereinführung der Zwergschule und anderen Späßen. Ein unbotmäßiger Abgeordneter soll ebenfalls gerade ausgeschlossen werden. Zurücktreten will er sowieso nicht, nur weil die Basis das von ihm verlangt. Vom Rotationsprinzip halten sie auch nichts mehr, weil sie sich doch so gut eingearbeitet haben. Die Vorsitzende möchte, daß ihre politische Arbeit als Vollzeitjob anerkannt und bezahlt wird. Was ist da noch alternativ zu den übrigen Parteien? Der liebe Studiererrat hat Geschmack bekommen und schließt schon eine Kandidatur für den Bundestag nicht mehr aus. Wann, bitte, beginnt eigentlich die Etablierung, nach zwei Jahren, vier Jahren, nach dem Pensionsanspruch?

Die Frankfurter grünen Stadträte unterscheiden sich da auch nicht wesentlich. Wieso sind sie eigentlich weniger etabliert als die übrigen Räte? Nur, weil sie von Zeit zu Zeit ein Happening veranstalten? Die Abgrenzungsansprüche der Grünen zu den Alternativen in Hessen sind auch nicht von schlechten Eltern. Sie könnten alle von den Strategen der sogenannten etablierten Parteien stammen. Es ist dieselbe klein karierte Angst um die Prozentpunkte, die sie nicht an die konkurrierende Liste verlieren möchten. Für sie sind die Alternativen "Trittbrettfahrer". Alles bekannte Vokabeln aus dem sogenannten herrschenden Block. Die Alternativen wiederum würden sich mit dem Teufel verbünden, um es sich ja auf den Sesseln des Wiesbadener Landtags bequem machen zu können. Und der große Guru, der so schön leidenschaftlich redet und dann bei der entscheidenden Startbahn-West-Demonstration mit seinem Hund Gassi geht, spart nicht mit Tadel für die grünen Verräter an der alternativen Sache. Ist der Kampf zwischen zwei rivalisierenden Gruppen um Landtagssitze alternativ? Vielleicht hat jener Student recht, der unter der Überschrift "Grün ist konservativ" in einem Leserbrief an die FAZ am 1. April '82 meint: "Meines Erachtens sollte gerade von gestandenen Konservativen die Begeisterung eines Teils der Jugend für nicht industrielle Werte mit Hochachtung oder Freude aufgenommen werden."...

Endlich wieder Krieg

Als einzig wirklich verbindendes Element all der verschiedenen Gruppen habe ich den Haß auf die SPD ausgemacht. Aber reicht das wirklich schon zur Alternative? Trotz all dieser vielen Ungereimtheiten und oft schon ungeheuerlichen Widersprüche scheint eine Diskussion mit der "Bewegung" schwieriger denn je. Die Verwirrung in den Köpfen vieler Leute nimmt langsam groteske und gefährliche Züge an. Es ist schon mehr als die Rache der Erfolglo-

sen, die man immer fürchten muß. Ich werde den Eindruck nicht los, daß in mehr und mehr Menschen wieder eine unterschwellige Sehnsucht nach Zerstörung und Krieg, trotz Friedensbewegung, wächst. Wir kennen es schon lange: die schaulustigen Gaffer, die bei schweren Unfällen die Rettungsarbeiten behindern, bei dem jüngsten Container-Unfall im Rhein kamen die Neugierigen von weither, in Argentinien vergessen die Leute über dem drohenden Krieg um die lächerlichen Falkland-Inseln die Diktatur, in England die Demokratie. Die jeweilige Mehrheit jubelt. Jubelt, daß es endlich wieder einmal Krieg gibt. Den man diesmal sogar Live im Fernsehen miterleben kann. Nun war das leider noch nie anders. Nur ist es leider heute anders, weil jeder Krieg die Apokalypse bringen kann.

Aber gerade weil das so ist, halten paradoxerweise viele dem Druck der Realität im eigenen Land nicht mehr stand, geben alle Maßstäbe auf, sind nicht mehr bereit zu differenzieren. Das geht schon eine ganze Weile so. In vorderster Reihe die Führungsinтеллекuellen. Einige haben schon vor einiger Zeit die Parole ausgegeben, daß zwischen Schmidt und Strauß, Glotz und Stoiber, SPD und CDU sowieso kein Unterschied mehr sei. Für sie, in ihren meist durch das Beamtentum abgesicherten Positionen mag das vielleicht sogar gelten. Der verbleibende Rest wird diese Täuschung bald bitter bezahlen müssen. Die Armen in Amerika merken die Folgen der genauso dummen Gleichsetzung der Politik Carters und Reagans schon am eigenen Leibe. Was die Rüstungspolitik anbelangt, haben auch wir die schmerzliche Erfahrung machen müssen, daß es durchaus noch beachtliche Steigerungsmöglichkeiten gibt. Von der Polen- und Afghanistankriegspolitik einmal ganz zu schweigen. Das geben gewisse Meinungsführer hinter vorgehaltener Hand auch gelangweilt zu. Trotzdem, siehe MOZ "Da muß was Neues her!" Als wüßte nicht jeder, der noch einigermaßen bei Verstande ist, daß dieses heißersehnte Neue gegenwärtig nur das Rechte, das Reaktionäre, die Zerstörung der letzten Freiräume sein kann.

Flucht aus der Realität hat in Deutschland leider traurige Tradition. In der Panorama-Sendung vom 13. April '82 verkündete ein Ostermarschierer mit dem Brustton der Überzeugung: "Die Träumer sind die wahren Realisten von heute". Träume gegen Bomben? Das könnte Reagan so passen. Die als unangenehm empfundenen Verhältnisse wurden noch nie anders als durch Politik verändert, in der Demokratie oft durch nur sehr mühsam auszuhandelnde Kompromisse, wozu mehr und mehr Menschen leider die Geduld fehlt. Wie überhaupt die Demokratiefeindschaft - und das erschreckenderweise nicht nur unter Rechten - wächst. Oft geschieht das aus reiner Langeweile, aus Bedürfnis nach Zoff, aus Überdruß und Egoismus. Die Sehnsucht nach der Krankheit zum Tode greift bedrohlich um sich. Und da lassen sie dann nichts gelten vor ihrem strengen Auge, die Übermoralisten, nicht die kleinste Verbesserung, nicht die kleinste Hoffnung. Vor allem jene, die noch nie etwas für die Erhaltung der Demokratie getan haben, rufen am lautesten, daß man ja eh nichts mehr tun könne. Wenn man schon alle Parteien verachtet - was heute schon zum guten Ton gehört -, wer kümmert sich eigentlich noch um die restlichen 95 Prozent der Bevölkerung, um jeden Zweiten, der regelmäßig ein Horoskop liest, um die Arbeiter, die Heino ihren Lieblings-sänger nennen, um die zwei Drittel, die "Ausländer raus" fordern.

Sehnsucht nach Opposition

Ein Teil hofft wider alle Vernunft auf ein unschuldiges Leben - mehr als ein Überleben kann es nicht werden - in der Opposition. Neuerdings wird der SPD dieser freundliche Rat von Gerd Eugerius von der ZEIT und Klaus Rainer Röhl von Spontan zuteil. Der erste tut es aus Kalkül, weil er die CDU lieber dran sähe, der letztere offensichtlich aus Dummheit. Dieser Komiker meint doch allen Ernstes: "Dann endlich können wir uns alle gratulieren", wenn Kohl und Strauß an der Macht sind. Und dann schwärmt der Villenbesitzer, der immerhin für das Jahr 2000 wieder eine Koalitionsregierung zwischen SPD und Grünen in Aussicht stellt, für "Eine Zeit in der Opposition, wieder Seite an Seite mit den Gewerkschaften". Wäre Opportunismus nicht ansteckend, brauchte man sich bei diesem Blödsinn nicht lange aufzuhalten. Ein wenig subtiler hat ein junger Denker die Lüge von der Gesundheit in der Opposition am 15. Februar '81 im Allgemeinen Deutschen Sonntagsblatt eingefädelt. "Für die kleinen, radikalisierten Minderheiten im Land indessen, die ohne gesellschaftspolitische Utopien, ohne Visionen von einer tatkräftig heraufgeführten neuen Welt meinen verzweifeln zu müssen, für sie bietet das Umfeld der Union nichts. Das leistet, wenn überhaupt, nur wieder eine SPD, die vom Verschleiß ihrer linken Ideale im Regierungsalltag freigestellt wäre." Und so, als habe die SPD geradezu eine moralische Verpflichtung: "Weil nur die SPD in der Opposition den aufziehenden Krieg zwischen den Generationen auffangen kann." Dieser Unsinn stand dann auch noch als Leitartikel auf der ersten Seite.

Diese klugen Ratgeber haben sich offenbar noch nie die Finger in praktischer Oppositionsarbeit, etwa in der bayerischen Provinz, schmutzig gemacht. Wo leben denn die Her-

ren? Als wüßten sie nicht, daß die meisten Leute noch feiger würden, in den Medien zum Beispiel. Was wissen sie denn eigentlich von ihrem "Umfeld": in der Literatur, in der Malerei, in der Musik zum Beispiel. Mit der Literatur der neuen Weinerlichkeit, mit der Malerei der Neuen Wilden, mit der Rockmusik und den Sprüchen einer Gruppe wie DAF zum Beispiel in die Opposition? Der 1978 gedrehte englische Film "Jubilee" über die wichtigsten New Wave Gruppen der letzten Jahre wirbt mit dem Slogan "Je lauter die Musik, desto weniger hören wir, wie die Welt zusammenfällt." Das gibt ein böses Erwachen, meine Damen und Herren. Da können Sie dann später in ihren jeweiligen Zeitungen schreiben: So leichtfertig und so gedankenlos wurde die Macht noch nie verschenkt in Deutschland. Sie werden uns das sicher dann wieder aus einem anderen fahrenden Zug zurufen. Als trendbewußter Intellektueller, mit leicht linkem Touch, ist man ja schließlich flexibel. Eine panische Angst vor der Macht ist genauso töricht, wie ein krampfhaftes Festhalten um jeden Preis verwerflich.

Was bleibt zu tun in dieser vertrakten Situation voller Enttäuschungen, Trotz und Resignation. Weiterarbeiten. Auf vielen Gebieten noch einmal von vorne anfangen. Auf Differenzierungen bestehen. Alle Regungen unterstützen, wo Selbstbestimmung geprobt wird. Die Republik gegen pauschale Verunglimpfung verteidigen. Der Eitelkeit widerstehen. Die Karawanen der Opportunisten vorbeiziehen lassen. Die Regierungsmacht als Dach und nicht nur als Last empfinden. Alternative Arroganz genauso zurückweisen, wie linker Häme widerstehen. Jeden fragen: Was tust Du eigentlich?

All jene, die jetzt ohne Kampf dem politischen Gegner die Macht überlassen wollen, scheinen keine Ahnung davon zu haben, wie schwer sie wieder zu erringen ist. Sicherheit macht leider träge und feige. Ganz so schlecht können die Sozialdemokraten nicht regiert haben, wenn man bedenkt, wie viele sich offerbar so abgesichert haben, daß sie von einem Regierungswechsel nichts zu befürchten hätten. Ich wage zu bezweifeln, ob die neue Regierung sie in ihrer Zuschauerruhe nicht stören wird. Dabei sollten wir eine der alarmierendsten Meldungen der letzten Tage in ihrer ganzen Tragweite erfassen: der rapide Rückgang der Nachfrage nach politischer Bildung. Denn unpolitische Leute sind bekanntlich zu allem fähig. Wir haben das in unserer Geschichte mehrfach schmerzlich erfahren müssen.

Suchmeldung

Wir brauchen keine Leute, die eines Tages wieder kluge Bücher schreiben oder gelehrte Seminare abhalten, Thema "Wie kam es zum Ende der zweiten Republik". Gesucht werden ein paar Demokraten, die das Ende verhindern. 1933 reichte die Zahl nicht. Das ist bekannt.

"Die Sozialisten müssen endlich weg!" forderte im Juli '81 eine obskure Bürgeraktion Regierungswechsel '84 e.V. aus Florstadt. Wenn die Linken von Schweinen, Ferkeln und Scheißstaat reden, sollten sie immer auf die rechte Konkurrenz achten. So schreibt Paul C. Martin - bei dem ich mich weigere, ihn Journalist zu nennen - in Springers Welt am Sonntag am 27. Dezember '81. "Es werden immer weniger, die das Sozialprodukt erstellen; die jene Bürokraten-Cliquen durchschleppen müssen; die die Entwicklungsländer und den Sozialismus-Block vor dem Verhungern retten." Und schon wesentlich ungeduldiger schreibt derselbe Mann in derselben Zeitung drei Monate später: "Es ist jetzt einfach Zeit, daß diese Partei von der Bühne verschwindet." Vielleicht macht er sich Hoffnungen auf das Amt des Regierungssprechers. Dann könnte sicher auch jener wackere Arzt aus Mutterstadt/Pfalz wieder aufatmen, der sich schon am 20. Juli '79 bei der FAZ beschwerte, daß sie in den letzten beiden Jahren ihre liberale Einstellung weitestgehend verlassen und "stark nach links, ja manchmal stark ins sozialistische Lager" abgewichen sei.

Wenigstens einer aber hat sich einen Blick für die Realität bewahrt: Axel César Springer. Als jetzt das Kartellamt seine Fusion mit dem Burda-Konzern untersagte, ließ er seinen Antrag auf eine ministerielle Ausnahmegenehmigung für genau ein halbes Jahr zurückstellen: bis kurz nach den Hessenwahlen. Springer wird mit Hilfe der Lakaien seines Riesenreiches alles unternehmen, damit dann ein CDU-Minister seiner Elefantenhochzeit den Segen geben kann. Zwar hat jeder ein Recht auf sein Lebenswerk, beziehungsweise das, was er dafür hält. Es gehört aber zu den schwerverdaulichen Aberwitzern der Geschichte, wenn ihm dabei durch ihr Wahlverhalten auch Linke und Überlinke helfen, nur weil sie sich schon lange nicht mehr der Mühsal der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner aussetzen wollen.

Vielleicht hat irgendjemand etwas ins Trinkwasser getan. Oder wie soll man sich sonst erklären, daß plötzlich so viele Menschen spinnen? (-/7.6.1982/ks/oa)

+ + +